

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 19. Dezember 1905.

№ 146.

Reformen!

Im Ausbau des Bestehenden, des Fortschrittenden resp. in der Reformierung alles Fortgeschrittenen, darin erblicken wir einen großen Teil unserer Arbeit. Reformen durchzuführen oder ihnen zur Durchführung zu verhelfen, kann aber nur im Rahmen des Gesetzmäßigen geschehen. Unklug wäre es deshalb von uns, wollten wir aus diesem Rahmen herausgehen. Nun wir dies, so kommt mir das immer so vor, wie wenn wir mit dem Bestehenden wohl unzufrieden, aber nicht selbst imstande wären, mit Ernst das zu Unrecht Bestehende zu beseitigen. Was wir uns selbst schaffen — auch unsere Gesetze — sind nie fehlerfrei, sie bedürfen daher stets der Reformierung. Ein solches Gesetz ist unsere Tarifgemeinschaft. Aber nicht dazu, daß wir dieselbe beseitigen, weil sie eben Mängel enthält, sondern daß wir fleißig weiterarbeiten, ausbauen, reformieren, dazu wollen wir unsere Kraft hergeben. Mit dem Bewußtsein, dem Ganzen zu dienen, wird unsere Arbeit stets von Erfolg sein.

So erblicke ich in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Reform von Bedeutung. Daß sie ein Erfordernis ist und gefordert werden muß schon im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme der Technik in jeder Hinsicht, das sehen unsere Prinzipale in ganz Deutschland wohl sämtlich ein! Es sei hier das Urteil eines Züricher Professors beigelegt, welches zwar schon einige Jahre zurückliegt, aber gerade deshalb bemerkenswert ist, indem dieser Herr schon damals in der Verkürzung der Arbeitszeit bei uns Buchdruckern ein sehr wichtiges Moment erblickte. Professor Dr. F. Crismann schrieb nämlich in den „Blättern für Volksgesundheitspflege“ über die Gesundheitsverhältnisse der in Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter:

Unter den allgemeinen Maßregeln, welche imstande sind, die Gesundheitsverhältnisse der im Buchdruckergewerbe Beschäftigten zu heben, ist in erster Linie die Reduktion der Arbeitszeit zu erwähnen. Hierfür liegen genügende Gründe vor, da das Gewerbe als ein gesundheitsgefährliches anerkannt werden muß. . . . Auch zehn Stunden ist noch zu viel, und wenn irgendwo der achtstündige Arbeitstag am Plage ist, so ist dies der Fall beim Buchdruckergewerbe. . . . Sobald sollte, soweit es immer tunlich ist, die Nachtarbeit auch in den Zeitungsdruckereien abgesetzt werden; jedenfalls müßte dieselbe hier nicht die Regel, sondern die gesetzlich geregelte Ausnahme bilden. Die Herausgeber der Zeitungen und teilweise auch das Publikum würden sich allerdings einem solchen Gesetze gegenüber anfangs feindselig verhalten, sich aber schließlich in das Unvermeidliche fügen und Mittel und Wege finden, sich dem Gesetze anzupassen. Ueberstundenarbeit sollte nur in ganz ausnahmswürdigen Fällen, wenn etwa der Betrieb durch sogenannte „höhere Gewalt“ eine zeitlang gestört worden ist, gestattet werden. Hohe Anspannung von Kräften sollte nicht als Grund für die Vergütung von Ueberzeitarbeit gelten dürfen. Schließlich könnte noch in Frage kommen, ob nicht das Zutreten körperlich ungeeigneter, schwächerer, hauptsächlich chronischer Erkrankungen der Lungen erblich belasteter Lehrlinge zum Buchdruckergewerbe verhindert werden sollte, was zunächst durch ärztliche Untersuchung der sich zum Eintritt Melbenden geschehen kann. Und nun noch ein Satz. Der durch die bis jetzt erwähnten Maßregeln angestrebte Erfolg würde in dem erhofften Maße nicht eintreten, falls nicht die Angehörigen des Buchdruckergewerbes durch Selbsterziehung und erzieherischen Einfluß auf ihre Berufsgenossen zur Beseitigung der gesundheitlichen Gefahren ihrer professionellen Beschäftigung beitragen würden. Und dies gilt nicht nur für das Leben in der Werkstatt, sondern ganz allgemein. Erst wenn die an sich einfachen Regeln persönlicher Gesundheitspflege den Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen sein werden, wird sich eine Verminderung der Schwundchüsterlichkeit und eine Hebung der Gesundheitsverhältnisse unter den Buchdruckern nachweisen lassen.

Herrn Professor Crismann erscheint also in gesundheitlicher Beziehung eine Verkürzung der Arbeitszeit als dringend geboten. Ich kann diesem nur beistimmen ist doch bei uns Buchdruckern die bekannte Berufskrankheit eine böse Erscheinung. Die Einführung der Sep-

maschine jetzt und nicht zum mindesten das Her der Arbeitslosen sprechen doch gewiß auch für eine Verkürzung. Weiter wird die Abschaffung der Nachtarbeit gewünscht; dem könnte man ja im Interesse unserer Kollegen nur zustimmen, es wird jedoch vorderhand nur ein frommer Wunsch bleiben. Was hier über Ueberstundenarbeit gesagt ist, verdient die volle Beachtung. Darüber hat der „Corr.“ schon so viel Truderchwärze gewiegt, daß ich es mir für diesmal gelobe zu schweigen. Von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint mir die Selbsterziehung und der erzieherische Einfluß auf die Berufsgenossen. Hier gilt es so viel Arbeit zu leisten und Reformen einzuführen, daß es uns ganz unmöglich ist, bei der jetzigen Arbeitszeit neben den sonstigen Verpflichtungen diesem mit vollem Ernste nachzukommen.

Wir sehen also, eine Verkürzung der Arbeitszeit ist allein schon aus gesundheitlichen Gründen zu verlangen. Des weitern hat ja auch das große Ganze ein Interesse daran, daß die einzelnen Glieder zur Gesundheit gelangen. Wenn daher sein Vaterland lieb ist, und dies trifft doch nicht nur bei uns Arbeitern, sondern auch bei den Herren Prinzipalen ganz bestimmt zu, der sehr seine Vaterlandsliebe in die Tat um. Denn mit der Verkürzung der Arbeitszeit erwerben sie sich ein großes Verdienst um die Gesundheit des Volkes. Menschen wollen wir sein, ganze Menschen wollen wir werden und als solche dem Ganzen dienen!

Karlstraße.

Rudolf Ebert.

Versammlungsreform.

Voraussetzungen möchte ich, daß sich das Nachstehende in der Hauptsache auf Großstadtverhältnisse bezieht. Kommt man heute etwa eine halbe Stunde nach der festgesetzten Anfangszeit in das Versammlungstokal, so fällt einem zunächst die dicke Wolke Tabaksqualm auf, die über den im Verhältnis zur Gesamtzahl sehr schwach erschienenen Mitgliefern lagert. Durch diesen nicht immer wohlriechenden Dampf hindurch ist der Vorstand an seinem Tische kaum zu erkennen und nach halbständigem Verweilen im Saale fangen einem die Augen davon zu tränen an. Es hat gerade begonnen und das Protokoll wird verlesen. Die Kasse ist leiblich und wird nur gestört durch das Hin- und Herlaufen der Bedienung und das Klappern der Biergläser. Unter den Kollegen bemerkt man einige, die die Zeit benutzen, um vorher geführte Privatgespräche weiter zu spinnen. Das auf der Tagesordnung stehende Referat nimmt seinen Anfang; der Referent begehrt aber den Fehler, die Sache über den Zeitraum von einer halben Stunde hinaus auszuwehnen. Das Interesse für den Vortrag flaut bei vielen ab und wendet sich dafür dem Biere und den Zigarren zu. Die abgebrochenen Unterhaltungen werden wieder aufgenommen, die Bedienung muß fleißig hin und her laufen und bei vielen Kollegen macht sich die Wirkung des vertilgten Alkohols bemerkbar; sie müssen ihre Plätze verlassen und gewisse Orte außerhalb des Saales aufsuchen. Da es aber den wenigsten einfällt, auf den Beinen zu gehen, so fördern sie dadurch die übrigen ganz beträchtlich. Der Referent ist immer noch nicht zu Ende, die Unruhe wird immer größer, bis endlich das letzte Wort verklungen ist und ein wütendes Bravogeschrei und Beifallsgeklatsch ausbricht. Merkwürdigerweise kann man dabei die Beobachtung machen, daß gerade diejenigen am begeistertsten sind, die vorher am wenigsten zugehört haben; wahrscheinlich aus Freude darüber, daß der langweilige Kram nun endlich zu Ende ist. Die Diskussion nimmt ihren Anfang. Gleich der erste, dem das Wort erteilt wird, verfällt in den Fehler, den wohl die meisten machen: er bleibt nicht bei der Sache. Außerdem hat er zufällig kein lautes Organ, so daß sein Vortrag zur Diskussion in eine Unterhaltung mit den ihm zunächst Sitzenden ausartet. Die entfernteren Sitzenden sehen sich dadurch veranlaßt, für sich allein Diskussion zu halten, wodurch selbstredend die Ruhe im Saale nicht zunimmt. Die Bedienung schleppt einerseits immer noch Mengen von Bier in den Saal, während es andererseits die Kollegen gleich trippweise nach den Retiraden befördert. Aus alledem ergibt sich schließlich ein Ärm, der es den unglücklich sitzenden Mitgliefern unmöglich macht, ein Wort zu verlesen. Es bemächtigt sich verschiedener eine verärgerte Stimmung;

frühzeitig sieht man sie ihre Sachen nehmen und nach Hause gehen. Im stillen schwören sie sich zu, so bald nicht wieder in eine Versammlung zu gehen. Ist es nun notwendig, daß diese wenigen mit ihrem wirklichen Interesse, die meiner Ansicht nach die dreifache Anzahl anderer aufwiegen, dem Versammlungsleben verloren gehen? Ist es überhaupt unser Verbandes würdig, daß seine Angelegenheiten so in Biergemütlichkeit verhandelt werden? Ich denke nicht und glaube in dieser Beziehung alle ernsthaft denkenden Kollegen hinter mir zu haben. Ich mache daher folgende Reformvorschläge:

Absolut pünktliches Beginnen der Versammlungen. Gänzlich Unterlassen des Rauchens und Biertrinkens im Versammlungsraume während der Verhandlungen; dafür Einschaltung entsprechender Pausen, in welchen jeder seine Bedürfnisse befriedigen und seinen Durst stillen kann.

Entfernung der Tische; dafür nur Stühle, die von den Anwesenden der Reihe nach besetzt werden.

Jeder Diskussionsredner muß vom Podium und zur Versammlung gewendet sprechen.

Ich verspreche mir dadurch eine wesentlich kürzere Zeitananspruchnahme durch die Versammlung und den Wegfall des Zurückstehens einzelner Tagesordnungspunkte. Außerdem wird unser Versammlungsleben durch den ernsthaften Betrieb nach außen hin nur zu unserem Vorteil wirken. Daß der Besuch durch solche Maßnahmen noch schwächer werden wird, glaube ich nicht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß viele Kollegen, und nicht die schlechtesten, erscheinen werden, die sich bisher durch die anfangs geschiederten Mißstände vom Besuche der Versammlungen abhalten ließen. Man wird vielleicht noch einwenden, daß kein Wirt seine Räume zur Verfügung stellt, wenn nichts verzehrt wird. Aber auch dem wäre abzuhelfen. Erstens wird ja in den Pausen noch genügend verzehrt und dann bleiben ja viele Kollegen nach den Versammlungen sowieso noch zusammen. Daraufhin wird sich jeder Wirt bereit erklären, vielleicht noch gegen eine kleine Varentschädigung für Licht und eventuelle Heizung, seinen Saal herzugeben. Die erforderliche Geldsumme wird von den versammelten Kollegen gern und mit leichter Mühe aufgebracht werden. * *

Korrespondenzen.

M. Augsburg. (Maschinenmeisterklub.) In der am 25. November abgehaltenen, schwach besuchten Generalversammlung erstattete zunächst Kollege Stifftner den Kasienbericht, der ein sehr günstiges Resultat ergab. Hierauf hielt Kollege Gasteiger einen Vortrag über „Stereotypie“, in welchem er deren Entwicklung behandelte. In der nun folgenden Auswahlsitzung wurden die Kollegen Hans Schneider als Vorsitzender und St. Stifftner als Kassierer wieder gewählt. Unter „Verschiedenes“ kamen die Verhältnisse in einer hiesigen größeren Druckerei zur Sprache, in welcher das kollegiale Gefühl ziemlich abhanden gekommen zu sein scheint. Der Vorsitzende legte den Kollegen ans Herz, sich aufzuraffen, um die unhaltbaren Zustände wenigstens etwas zu verbessern, was auch auf dieser Stelle empfohlen sei. — Ferner veranstaltete der Klub am 2. Dezember einen Vortrag des Herrn Utermann-München über „Walzen und Walzenmasse“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Vortrag mit anschließender Diskussion verließ für alle Anwesenden sehr reichlich. — Am 3. Dezember besichtigte der Klub das Augsburgische Getriebe- und Maschinenwerk in Gersthofen und erweckte der Besuch desselben allseitige Befriedigung. Bei dieser Gelegenheit möchten wir diejenigen unserer Kollegen, welche dem Klub noch nicht angehören, dringend auffordern, sich demselben anzuschließen, da zur Verbesserung der Maschinenmeisterverhältnisse das Zusammenwirken sämtlicher Kollegen notwendig ist.

Th. Bremen. Die Hauptversammlung vom 10. Dezember hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Bewunderung rief die Mitteilung hervor, daß bei einer hiesigen Firma ein Lehrling als Schweizerbege, „ausgebildet“ und von einem hiesigen Prinzipale die Ausbildung auch als genügend betrachtet wurde, trotzdem die Voraussetzungen dafür als nicht hinreichend anerkannt werden können, da dortselbst ein alter Kollege steht, der

vom Maschinenwesen nichts versteht. Der Vorsitzende beabsichtigt, andere geeignete Schritte hiergegen zu unternehmen. Ein alter Kollege, der 51 Jahre im „Courier“ beschäftigt und den Posten eines Metteurs innehatte, wurde kürzlich entlassen. Da dem Geschäft nun doch wohl das Gewissen schlug, einen so alten Arbeiter entlassen zu haben, so war dasselbe so „entgegenkommend“, den Kollegen für 20 Mk. Wochenlohn weiter beschäftigen zu wollen, was natürlich abgelehnt wurde. Vom Vorsitzenden mußte darüber Beschwerde geführt werden, daß sich hauptsächlich die Drucker und Maschinenleger bei Konditionsangeboten nur bei ihren bezüglichen Spartenvertrauensmännern nach den Verhältnissen erkundigen. Eine solche Erkundigung kann als nicht genügend bezeichnet werden, sondern hierfür kann nur der Ortsvorstand in Betracht kommen. Gegen etwaige diesem nicht nachkommende Kollegen soll streng nach dem Statut verfahren werden. Hier anschließend kam das letzte Zirkular des Zentralvorstandes zur Verlesung. Der vom Vorsitzenden gegebene Überblick über das zur Neige gehende Jahr wurde ohne Debatte entgegengenommen. Eine längere Debatte entspann sich über einen vom Vorstande gestellten Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes. Mehrere Kollegen beschwerten sich über das unkollegiale und „sanfte“ Auftreten dieses Mitgliedes als Faktor einer kleinen Druckerei. Um nun diese Sache im Vorstande zu regeln, wurde der Herr Faktor zu einer Vorstandssitzung eingeladen, statt dessen erhielt der Vorstand ein Schreiben, auf Grund dessen und der vorgebrachten Beschwerden der Vorstand den Ausschluß beantragte. In der Debatte hierüber brachten noch verschiedene Kollegen Beweise von „kollegialen“ Handlungen dieses Faktors zur Sprache, weshalb sie es vorgezogen hätten, lieber den Staub dieses Geschäfts von ihren Pantoffeln zu schütteln. Einer Vorladung des Vorstandes mußte jedes Mitglied Folge leisten, im Verbandsbegebe es keine Faktoren und Geschäftsführer, sondern nur Mitglieder. Der Antrag, dem Vorstande den Ausschluß dieses Kollegen zu empfehlen, gelangte fast einstimmig zur Annahme. Vor Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl des Vorstandes bewilligte die Versammlung allen Vorstandsmitgliedern für das nächste Jahr eine Erhöhung der Remuneration in Gestalt einer „Teuerungszulage“. Um den Neisekassierverwalter nicht leer ausgehen zu lassen, wurde demselben eine bestimmte Summe aus der Bezirkskasse bewilligt, wofür die Einnahmen dieses Amtes aus der Gau- und Verbandskasse der Bezirkskasse zuzuführen. Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, mit Ausnahme des Neisekassierverwalters, welcher eine Wiederwahl ablehnte, wurden als Kandidaten für das nächste Jahr zur Wiederwahl empfohlen. Der Vereinsbeitrag gelangt auch im nächsten Jahre in bisheriger Höhe zur Erhebung. Betreffs einer Teuerungszulage wurde beschloffen, daß die einzelnen Personale eine Kommission wählen, welche beim Prinzipale vorstellig werden soll. Angenommen wurde noch ein Vorstandsantrag, wonach sich konditionslose Mitglieder jeden Freitag persönlich durch eine verabsolgte Legitimation beim Arbeitsnachweise zu melden haben, wibrigensfalls dieselben getriden werden. Sogenannte Kollektiv-Anmeldungen sind nicht zulässig. Veranlaßt ist dieser Beschluß durch die fortwährenden Klagen darüber, daß man sich bei Konditionslosigkeit wohl anmeldet, aber leider vergißt, beim Antreten einer Kondition sich wieder abzumelden, wodurch immer unliebsame Weiterungen entstehen.

Breslau. Einen „Märchenabend“ veranstaltete am 3. Dezember der hiesige Ortsverein, und zwar nicht für die Kleinen, wie der Titel vermuten läßt, obwohl auch einige Vorträge für ihr Verständnis berechnet waren. Zu den Vorträgen und Gesangsbeiträgen war Frau Walfotte aus Berlin gewonnen worden. Von älteren und neueren Dichtern und Komponisten brachte sie Dichtungen mit Märchenstimmung bzw. Lieder und Balladen zum Vortrage. Daß die Anwesenden vollumfänglich befriedigt waren, bewies der große Beifall, besonders nach einem innig gelungenen Volkslied, der auch Frau Walfotte veranlaßte, noch einige moderne Lieder und Dichtungen vorzutragen.

P. Schl. Frankfurt a. D. Die am 26. November in Frankfurt a. D. abgehaltene, schwach besuchte Herbstbezirksversammlung war aus zwölf Druckorten von 78 Kollegen besucht, und zwar verteilte sich die Besucher wie folgt: Frankfurt a. D. 28, Landsberg a. W. 14, Sorau 9, Küstrin 6, Guben 5, Müncheberg 4, Freienwalde 3, Königsberg (N. u. S.) 3, Trautenberg 2, Altzarbe 2, Schwiebus 1. Der Vorsitzende Beyerßdorff begrüßte die Ergebenen, den Verhandlungen einen ruhigen Verlauf wünschend, welchem Wunsch aber nur in bedingter Weise entsprochen wurde. Nach Erledigung einer in des Wortes verwegener Bedeutung „internen“ Angelegenheit (Mittagsessen betreffend) gab der Bezirkskassierer Müller das Ergebnis einer Geldsammlung für den arbeitsunfähigen Kollegen Pisch in Guben (jetzt in Forst) bekannt, die bei der damaligen Zahl von 170 Bezirksangehörigen 89,10 Mk. ergab; einschließlich eines Bezirksbeitrages konnten dem bedrängten Kollegen 139,10 Mk. überreicht werden. Nimmehr berichtete der Delegierte Kutowsky-Landsberg a. W. über den Gantag in Stettin. An das vorzügliche Referat schloß sich keine Diskussion. Zudem auf die neue Bezirkseinteilung im Gau Ober Bezug genommen wurde, kam durch den Kassierer Müller zum Ausdruck, daß im Bezirke Frankfurt auch in Zukunft das „Corv.“-Obligatorium beibehalten werden soll. Bei der Berichterstattung aus den einzelnen Druckorten war wohl zu konstatieren, daß seit dem Frühjahr die Mitgliederzahl von 180 auf über 200

gestiegen sei, doch ständen uns noch etwa 190 nichtorganisierte Kollegen gegenüber, von denen eine große Zahl unter Minimum arbeite. Die tariflichen Verhältnisse und die Behandlung der Gehilfen lassen im Bezirke noch manches zu wünschen übrig. Auch darin sündigen unsere Kollegen, daß sie bei Konditionsantritt vielfach die vorherige Anfrage bei den Vertrauensleuten unterlassen. Nach der Mittagspause hielt der Vorsitzende Beyerßdorff ein kurzes Resümee über diese Berichterstattung und forderte in Anbetracht des schwachen Besudes zu größerer Einigkeit auf. Sodann hielt Kollege Otto Müller ein treffliches, informatives und instruktives Referat über die bevorstehende Tarifrevision. Aus tatsächlichen Gründen soll hier auf Einzelheiten nicht näher eingegangen sein. An der Debatte des beifällig aufgenommenen Referates beteiligten sich die Kollegen Lehmann, Winkler, Schmeißer und Stoll. In seinem Schlußworte sagte der Referent Müller: „Beschäftigten Sie sich mehr mit den Tarifeinrichtungen! Diese sind nur durchführbar, wenn alles geschlossen dasteht, wenn alle persönlichen Meinungsverschiedenheiten auf die Seite gefegt werden und das Prinzip wahr wird: „Einer für alle, alle für einen!“ Nach Erledigung einiger Remunerationssachenheiten wurde als Neisekassier für die auswärtigen Teilnehmer die „Stadtesgenähige“ Eisenbahnkassie bewilligt und Frankfurt a. D. wieder als Ort der nächsten Versammlung unter bestimmten Vorbehalten anseher. Mit der nochmaligen Mahnung zum treuen Zusammenhalten angefaßt, der bevorstehenden Tarifkampagne und mit der Aufforderung zu einem dreimaligen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die „animiert“ verlaufene Versammlung, wonach die Fidelity in ihre Rechte trat und noch manches freundschaftliche Wort bis zur Abfahrt der fremden Kollegen gewechselt wurde.

Hamburg. Am 10. Dezember wurde unferseits wieder einer der alten, den jüngeren stets ein Vorbild gewesener Kollege, unser Paul Damasko, zur letzten Ruhestätte gebracht. Was er uns in der alten Genossenschaft und was er dem Verbandsgeheimen, das wissen diejenigen am besten, die in Freud und Leid, in guten wie in schlimmen Tagen stets in dem gründlichen Kenner des Tarifes, dem unermüdbaren Kämpfer für die Organisation, wie nicht zuletzt dem guten, warmherzigen Menschen und Familienvater einen zuverlässigen Freund und Berater gefunden hatten. Harte Schicksalsschläge, die ihn im letzten Dezennium innerhalb seiner Familie betroffen, wie auch ein jahrelang hartnäckig immer wieder auftretendes Nasenleiden konnten ihn nicht niederdrücken, sein gemütsvoller, und wenn es sein mußte auch manchmal launischer Humor hielt ihn aufrecht. Nun hat ein hingetretenes Krebsleiden seiner Laufbahn ein Ziel gesetzt. Wir werden ihn nicht vergessen. Reiche Kranzpenden, unter anderen eine vom Gau Berlin seinem ehemaligen Vorstandsmitgliede gewidmet, wie auch ungewöhnlich zahlreiches Beileidgesolge sind wohl der Familie Zeuge von seiner Beliebtheit gewesen.

Herne i. W. Vor Jahresfrist traten die in Herne konditionierenden Mitglieder zusammen, um den vor zwei Jahren eingeschlagenen Ortsverein wieder ins Leben zu rufen. Am 3. Dezember hielt nun der junge Sproß an dem großen Stamme Verband seine erste Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Brüßmann begrüßte die Erschienenen. Es waren 15 Kollegen anwesend, nur zwei Kollegen fehlten. Kollege Brüßmann erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Im ganzen stehen hier 17 Mitglieder und sechs von der Marke N.-B. Am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen richtete Kollege Brüßmann die wohlgemeinte Bitte an die Kollegen, doch die einzigen Mängel über Beschlüsse am Bierische zu unterlassen und lieber in den Versammlungen die Meinungen frei und offen zum Ausdruck zu bringen. Aus dem vom Kollegen Klandt erstatteten Rechnungsbericht ging hervor, daß der Ortsverein trotz großer Ausgaben noch mit einem Vermögen von 24,40 Mk. abschließt. Nach diesem wurde ein Antrag — betreffend Eingabe an den Magistrat, die städtischen Druckmaschinen nur an tarifstreue Druckereien zu vergeben — angenommen und der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu tun. In der darauf getätigten Vorstandswahl wurde der Vorsitzende Brüßmann wieder gewählt. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Kollegen Klandt wurde Kollege Much als Kassierer gewählt. Am 30. Dezember hält der Ortsverein ein Weihnachts- bzw. Familienfest ab. Damit war die Tagesordnung erledigt und schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung. Offen wir nun, daß das neue Geschäftsjahr nur gute Früchte im Sinne unserer Bestrebungen bringt.

Hiel. Die Vereinigung der Hieler Prinzipale beschloß am 13. Dezember, das Gesicht der Gehilfen um Zubilligung einer Teuerungszulage mit Rücksicht auf die bevorstehende Tarifrevision abzulehnen.

Müncheberg. (Jahresbericht.) Knapp 100 Mitglieder hatten es für nötig gehalten, in der am 3. Dezember in der „Reichshalle“ abgehaltenen Hauptversammlung zu erscheinen. Aus dem vom Vorsitzenden Held erstatteten Berichte über das zu Ende gehende Vereinsjahr, welcher mit einem kurzen Rückblick über die allgemeine gewerkschaftliche und wirtschaftliche Lage eingeleitet wurde, sei folgendes erwähnt: Der Mitgliederstand stieg von 441 auf 483, so daß wir in allerdingster Zeit das halbe Tausend erreichen werden. Die Versammlungen waren durchweg lehrreich und interessant gestaltet und von durch-

schnittlich 115 Kollegen besucht. Am Schluß des dritten Quartals betrug das Vermögen des Ortsvereins 3200 Mark. Die Zustallierung unfer Bureau, allwo zugleich der paritätische Arbeitsnachweise untergebracht ist, hat sich im Laufe des ersten Jahres sehr gut bewährt und werden die Kosten hierfür durch den Wert dieser Einrichtung voll aufgewogen. Die tarifliche Lage am Orte ist eine gute zu nennen, immerhin hatten wir ab und zu kleinere Differenzen zu befeitigen. In technischer Hinsicht unterhält der Ortsverein eine reichhaltige Fachliteratur und wurde anlässlich des Stiftungsfestes ein Preisaus schreiben zu einem Programme desselben veranstaltet. Der Weiterbildung unferer Kollegen auf beruflichem Gebiete wird jedoch vom nächsten Jahre ab noch mehr Rechnung getragen werden. Lesabende fanden 37 statt, welche besser besucht werden könnten; dementsprechend war auch die Benutzung unfer sehr reichhaltigen Bibliothek. Für Unterstützungen anderer Gewerkschaften bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen brachte der Ortsverein rund 1200 Mk. auf, wovon auf die Bergarbeiter 1000 Mk. entfielen. Auch in diesem Jahre wurde für die Witwen und Waisen der in den letzten zwei Jahren verstorbenen drei Kollegen eine Weihnachtshilfe im Betrage von zusammen 160 Mk. beschloffen. Unsere Kollegen möchten wir nun mit dem Hinweise auf die herannahende Tarifrevision ermahnen, sich voll und ganz der Organisation zu widmen, damit hinter den von uns zu stellenden Forderungen eine Gehilfenschaft steht, welche diese auch zu vertreten gewachsen ist.

P. Merseburg (Bez. Zeit). Der Indifferentismus der Merseburger Gehilfenschaft hat es verschuldet, daß der Widerstand der der Tarifgemeinschaft abholben heiligen Prinzipale bisher nicht gebrochen wurde. An Anregungen hierzu war wahrlich kein Mangel; immer und immer wieder wurde versucht, das Interesse zu wecken, aber alle Versuche mußten an der geradezu beispiellosen Gleichgültigkeit scheitern. Man durfte bisher nicht erwarten, daß sich die Gehilfen zu einer Forderung aufschwingen würden; um Himmelswillen, dabei könnte ja die „Pfründe“ aufs Spiel gesetzt werden! Nicht etwa, daß man die Vorteile der Tarifgemeinschaft nicht nötig hätte, daß die Arbeitsverhältnisse gute wären; o nein, das Gegenteil ist der Fall, was an einigen Beispielen weiter unten gezeigt werden soll. Aber freilich, wie die Druckerei so liegen auch die Organisationsverhältnisse sehr im argen. Bei etwa 70 Gehilfen hatte der Verband nie oder selten wenig mehr als drei bis vier Mitglieder, während der Gubenbezirk nach den neuesten Angaben deren 20 zählt. Nimmehr scheint aber auch hier der Organisationsgedanke Wurzel zu schlagen, was aus der Tatsache gefolgert werden kann, daß sich unsere Mitgliederzahl infolge der Anmeldeung auf 13 erhöhte und daß sich das gesamte technische Personal der Firma Görting organisiert. Wie gesagt, auch hier fängt es an zu dümmern und mit genannter Firma konnte mit einiger Aussicht auf Erfolg ein Tänzchen gewagt werden. Der Unstand, daß die Lithographen und Steindrucker, die gleich uns in Merseburg nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen haben, mit unseren Kollegen gemeinsame Sache machten, kam uns hierbei noch besonders zu flatten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesen in dieser Druckerei aber auch so tiefertraurig, daß man sich wirklich wundern muß, daß das Maß nicht schon früher zum Ueberlaufen kam. War der Lohn auch nicht zu hoch bemessen, so war doch die Arbeitszeit, die 10 $\frac{1}{2}$ Stunden währte, dafür um so reichlicher. Die gesellschaftlichen Feiertage wurden natürlich nicht bezahlt, und wenn es gerade passte, gab es gar bis zu vier unbezahlte Feiertage; da mußte mit dem „hohen“ Salär haushälterisch gewirtschaftet werden. Daß unter solchen Umständen der Personalwechsel ein ziemlich häufiger ist, läßt sich denken, aber Herr Görting suchte sich dagegen dadurch zu schützen, daß er durch Einführung von Konditionen seine Opfer an das Geschäft zu fesseln wußte. Kurzum: das Personal (vier Kollegen, ein Lithograph und ein Steindrucker) war des auf ihn lastenden Druckes endlich müde und in der Gewissheit, an ihren Gewerkschaften für alle Fälle einen Rückhalt zu haben, wandten sich die Kollegen an den Gehilfenvertreter, damit dieser dem Chef interpelliere. Dem wurde bereitwilligst entsprochen, aber dieser ließ sich nicht nur auf nichts ein, sondern bedeutete dem Gehilfenvertreter, daß er die Tür von außen zumachen möge. Diese Brütierung ihres Vertreters ließen sich die Organisierten jedoch nicht ruhig gefallen und — das hatte sich der Herr jedenfalls nicht träumen lassen — reichlich geschlossen ihre Kündigung ein. Die Zugeständnisse, die er jetzt machen wollte, waren so minimal, daß sie als unannehmbar bezeichnet werden mußten. Hatte V. erst jede Einmischung Dritter energig zurückgewiesen, so hielt er es jetzt doch für ratsam, beim Prinzipalstreikretreter eine Unterhandlung nachzuführen. Auf solcher Grundlage kam dann eine Vereinbarung zustande: Ein über Minimum entlohnter Kollege erhält 1 Mk. Zulage, zwei Kollegen erhalten je 22,50 Mk. und ein Kollege erhält statt bisher 17 jetzt 21 Mk., also 4 Mk. zugelegt. Die Arbeitszeit wird zunächst auf zehn Stunden reduziert und die gesellschaftlichen sowie vom Geschäft angeordneten Feiertage werden von jetzt ab bezahlt. Die Kreisvertreter gaben ihr Einverständnis jedoch nur vorbehaltlich der Zustimmung der für den 2. Dezember zu dem ausgeprochenen Zwecke, den Tarif in Merseburg einzuführen, einberufenen Allgemeinen Versammlung. Weiter derselben war der Bezirksvorsteher Jahnszeit. Außer den Verbandsmitgliedern und dem wohl ebenfalls vollständig erschienenen Ortsvereine des Gubenbezirkbundes waren mehrere Merseburger „Wilde“, dann

der Zeiger Bezirksvorstand, Kollegen aus den übrigen Bezirksorten, der Gauvorstand, etwa 60 Halleische Mitglieder mit Vorstand sowie eine Anzahl Halleische Bündler anwesend. Außerdem nahmen noch der Gauleiter und der Halleische Vorstand der Lithographen und Steindruckers sowie einige Merseburger verwandte Berufsangehörigen an der Versammlung teil, so daß der Gehilfenvertreter König eingangs seines Sekretärs seiner Verteidigung über so zahlreiches Erscheinen Ausbruch geben konnte. Er geizelte zunächst den ungläubigen Indifferentismus der Merseburger Kollegen, der zu dem Ausbruch berechtigte, man wisse in der Tat nicht, ob man mehr über die Hartnäckigkeit der Prinzipale oder — um ein gut deutsches Wort zu gebrauchen — über die Dummheit der Gehilfen staunen solle. Im ersten Teile führte er dann der Versammlung die Organisationsbestrebungen der Buchdrucker, vom Bestehen des sogenannten Postulates und der Innungen bis zum 91/92er Kampfe, hier die Gründung des Gutenbergbundes gebührend registrierend, vor Augen, um schließlich bei der 1896 erfolgten Wiederbesetzung der Tarifgemeinschaft längere Zeit zu verweilen und mit beredeten Worten die Vorteile klar zu legen, welche den Gehilfen sowohl als auch dem gesamten Gewerbe aus der Tarifgemeinschaft erwachsen, jedoch nicht ohne auch der ihr noch anhaftenden Mängel und der Anfeindungen Erwähnung zu tun, denen die Buchdrucker ausgesetzt waren und noch sind. Mit der energischen Aufforderung an die Merseburger, sich nun, am Vorabend der Tarifrevision, endlich auf ihre Menschenwürde zu besinnen, damit sie nicht mehr, wie es leider der Fall ist, hinter dem schlechtesten gestellten Arbeiter rangieren, ging er zum zweiten Teile, der Kritik der Merseburger Verhältnisse, über. Bei allen Zudrücken, bei Stollberg, Kornacker und wie sie alle heißen, ergab sich das gleiche oder doch sehr ähnliche traurige Bild wie bei Görting. Ueberall bewegt sich die Entlohnung mit verschwindend wenig Ausnahmen vom tariflichen Minimum in absteigender Linie. Was am Lohne abgeht, wird an Arbeitszeit zugelegt, und die Lehrlingszahl ist eine enorm hohe. Die relativ besten Verhältnisse herrschen bei der Firma Müßner, deren Gehilfen aus Bündlern und Unorganisierten bestehen und deren Inhaber sich dem Kollegen König gegenüber zur Tarifanerkennung bereit erklärte, wenn ihm bezüglich der Lehrlingszahl (sonst ist alles tariflich) eine Uebergangszeit zugesprochen wird. Herr Müßner erklärte hierbei aber noch weiter, das er von seinen Gehilfen noch nie um die Tarifanerkennung angegangen sei! Deshalb richtete Kollege König besonders an die Bündler das ernste Ersuchen, ihre bis jetzt an den Tag gelegte Kauffeist abzustreifen und gemeinsam mit den Verbändlern, deren Eintreten von vornherein sicher sei, an der Einführung des Tarifes zu arbeiten; jetzt helfe kein Mundspitzen mehr, jetzt müsse endlich gepöpselt werden. In der ausgedehnten Diskussion, an welcher sich Kollegen aus Merseburg, Zeitz und Halle beteiligten, fiel noch manches derbe Wort gegen die Bündler, wogegen sich diese so gut sie es vermochten zu verteidigen suchten. Starker Unwille bemächtigte sich des größten Teiles der Versammlung, als ein Bündler erklärte, bei der Firma Stollberg sei mit Forderung nichts zu erreichen, man solle es lieber auf gültlichem Wege versuchen. Eine starke Abfuhr und der Vorwurf der Feigheit war deshalb ganz am Plage. Unerwartet wurden die vom Prinzipale Görting gemachten Zugeständnisse wenn auch nicht als befriedigend, so doch als vorläufig annehmbare bezeichnet, und der Halleische Bündler Weltram gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es in dem bisherigen Schlenbrian selbstverständlich nicht mehr weiter gehen dürfe. Der Gauleiter Dhier aus Leipzig, der bei Görting auch für die Lithographen und Steindruckers etwas herausgeholt hat, nahm wiederholt das Wort und sicherte den Buchdruckern in allen Fällen strengste Solidarität zu. Mit einstimmiger Annahme des Antrages (seitens der Merseburger), in kommender Woche zwecks Einführung des Tarifes Druckerversammlungen zu veranstalten, die vom Gehilfenvertreter einberufen und geleitet werden sollen, wurde die Diskussion beendet und die Versammlung sodann mit einigen ermunternden Worten geschlossen. Den Erfolg wird ja nun die Zukunft lehren.

n. Müßner (Nutz). Lange ist es her, seit an dieser Stelle über unsere gewerblichen Verhältnisse am hiesigen Orte berichtet wurde. Zwei dieser Zeilen soll es sein, allen denjenigen Kollegen, welche schon einmal das Müßner'sche Plakat getreten und welche mitgearbeitet haben an dem Erstarken unserer Organisation, einen kleinen Situationsbericht zu geben. Die Mitgliederzahl betrug im verfloffenen Jahre durchschnittlich 50, trotz der fünf eisernen Kollegen, welche im Laufe der Zeit hier ihren Einzug hielten. Diese Ziffer ist um so beachtenswerter, als vor einem Jahrzehnt noch das Bestehen des Ortsvereins wegen Mangel an Mitgliedern mitunter in Frage gestellt war. Als besonders erfreulich ist zu erwähnen, daß die einheimischen Kollegen, welche in früheren Jahren absolut nicht für unsere Bestrebungen zu gewinnen waren und den Verbandsmitgliedern in möglichst großem Bogen aus dem Wege gingen, heute mit wenigen Ausnahmen sich unserer Organisation angeschlossen haben. Infolgedessen sind die tariflichen Verhältnisse als günstige zu bezeichnen; sämtliche namhafte Druckerereien haben den Tarif anerkannt und sind auch gewillt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das gesellige Leben unter den Kollegen ist ein sehr reges. Die hier bestehende „Graphische Vereinigung“ sucht durch sachdienliche Vorträge sowie Veranstaltung von Druckausstellungen die Weiterbildung der Kollegen zu fördern. Ein zurzeit stattfindender Zeichen-

und Skizzierkurs, dessen Leitung in den Händen eines tüchtigen Fachmannes liegt, erfreut sich einer starken Beteiligung. Die Veranstaltung gemeinsamer Ausflüge während der schönen Jahreszeit hat viel dazu beigetragen, die Kollegen einander näher zu bringen. Der „Corr.“ ist obstartorisch eingeführt (2:1). Auf diese erquickenden Erfolge könnten die Kollegen wohl mit Stolz zurückblicken, denn es ist ihnen gelungen, aus dem früheren langjährigen Schmerzenskinde des Bezirks Duisburg einen Ortsverein zu schaffen, der heute an zweiter Stelle im Bezirke rangiert. Aber das rapide Emporklimmen der Mitgliederzahl hat es mit sich gebracht, daß auch faule Zweige sich an dem guten Stamme angehängt haben. Ein Teil unserer Kollegen ist nicht zu bewegen, die monatlichen Versammlungen zu besuchen, und es ist um so bedauerlicher, daß es gerade diejenigen Mitglieder sind, welche mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen im allgemeinen als auch mit unseren tariflichen Verhältnissen im besondern am wenigsten vertraut sind. Die am 2. Dezember abgehaltene Versammlung nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß sich sogar einige Mitglieder geweigert hätten, die vom Bezirksvorstande ausgegebenen Fragebogen betr. die statistische Feststellung der Lebensbedingungen der Buchdruckergehilfen im Bezirke auszufüllen. Es ist diese Tatsache um so betrübender, weil sogar mehrere Nichtmitglieder in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit der Sache die ihnen übergebenen Fragebogen ausgefüllt dem Vorstande abliefern. Die aus der Mitte der Versammlung eingelaufene Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung verurteilt ganz entschieden das Verhalten derjenigen Kollegen, die sich weigern, die vom Bezirke Duisburg herausgegebenen Formulare zwecks Feststellung der hiesigen Lebensmittelpreise auszufüllen“, fand die einstimmige Billigung der Versammlung und sollen die Kollegen auch auf diesem Wege auf ihre Pflichterfüllung aufmerksam gemacht werden. Der Vorstand ist entschlossen, dem erwähnten Uebelstande seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden und hofft, auch in dieser Angelegenheit in Zukunft nur Günstiges berichten zu können. Zu erwähnen wäre noch, daß das 15-jährige Bestehen des Ortsvereins am 13. Januar durch eine Familienfeier im Vereinslokale „Zur Bürgerhalle“ begangen werden soll und ist der Vorstand mit den Vorbereitungen beauftragt worden.

München. In Nr. 140 des „Corr.“ berichtet der Maschinenmeisterverein München über seine letzte Monatsversammlung und leistet sich der betreffende Artikel-schreiber eingangs des Berichtes unsern Vereine gegenüber einige Anrempelungen und Unwahrheiten, die wir hiermit richtigstellen wollen, obwohl es sonst nicht unrecht gepflogen ist, die Spalten des „Corr.“ mit derlei Debatten in Anspruch zu nehmen. Bereits Anfang Septem-ber zeigten wir per Zirkular die Feilschereien des Winterhalbjahres an; der Ausschuss des Maschinenmeistervereins hätte sich schon vor einem Vierteljahre informieren können, daß unser 29. Stiftungsfest auf den 18. November angelegt wurde. Es ist denn doch eine etwas starke Zumutung, ein Stiftungsfest, das schon vor einigen Monaten vertragsmäßig festgelegt wurde, zugunsten der Monatsversammlung eines Jahres noch in letzter Stunde zu verlegen. Das „rückwärtslos zu nennende Vorgehen“, das der Kritiker in doppelter Weise uns imputiert, fällt somit auf die Vorstandschast des genannten Vereins zurück, die es nicht der Mühe wert fand, uns den seinerzeitigen Beschluß mitzuteilen. Wir müssen ferner die Unwahrheit ganz entschieden zurückweisen, daß wir „fast regelmäßig“ an den Versammlungsabenden des Maschinenmeistervereins unsere Feilschereien abhalten. Bis jetzt haben wir auch auf kleinere Kollegenvereine Rücksicht genommen; aber wenn der genannte Verein bei Abhaltung seiner Zusammenkünfte nur auf den Ortsverein Rücksicht nimmt, so kann er von uns, dem größten Kollegen-gesangsvereine Bayerns, ihn gegenüber auch keine Rücksichtnahme verlangen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Uebrigens bedauern wir, daß durch dergleichen Provokationen, mit denen ein sehr großer Teil Mitglieder des Maschinenmeistervereins selbst nicht einverstanden ist, das bisher bestandene gute Einvernehmen beider Vereine getrübt wird. Statt Kollegialität zu pflegen, hält man die eignen Mitglieder von der Teilnahme an interessanten Vorträgen ab und gefällt sich uns gegenüber in höchst unkollegialen Anfeindungen, obwohl wir dem Maschinenmeistervereine bei seinen Unterhaltungen unsere gesangliche Mitwirkung stets bereitwillig zur Verfügung stellten. Unser Bestreben, mit allen Kollegen gut auszukommen, scheint eben in gewissen Kreisen kein Entgegenkommen zu finden, denn: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!“

Der Ausschuss
des Männergesangvereins „Typographia“.
Bg. Offenbach a. M. In der diesjährigen dritten Quartalsversammlung, abgehalten am 3. Dezember in Würfel, wurde nach Erledigung einiger geschäftlichen Mitteilungen der vom Kassierer Stein erstattete Quartalsbericht genehmigt. Aus demselben war ersichtlich, daß der Bezirksverein am Schlusse des dritten Quartals einen Mitgliederstand von 210 aufwies. Es hielt alsdann Herr Redakteur Schildbach-Offenbach einen fünfviertelstündigen Vortrag über „Die künftigen Aufgaben der Gewerkschaften“. Der Vortrag wurde beifällig entgegenge- nommen, eine Diskussion erfolgte nicht. Bewilligt wurde sodann ein Betrag für die Weihnachtsfeierung in der Gerberge sowie das biblische Geheiß an Konditionskasse und an die zurzeit beim Militär weilenden und eventuell zu Besuch kommenden Kollegen.

Stuttgart. In Nr. 140 des „Corr.“ befindet sich der Bericht über eine hiesige Mitgliedschaftsversammlung, welcher ich in ziemlich umfangreicher Weise mit meiner Person beschäftigt. Es sei mir deshalb gestattet, einige Aufklärungen und Richtigstellungen zu geben. In dem Berichte ist ausgeführt, daß das Gericht, als ob ich zu alt für den Posten eines zweiten Verwalters wäre, der Wahrheit entsehere. Leider muß ich aber konstatieren, daß dieses Gericht tatsächlich auf ganz sicherer Grundlage beruht, denn schon in der ersten Sitzung der Kommission, als von Vorsitzenden die Frage angeregt wurde, ob dieser Posten mit dem des Gauvorstehers verbunden werden solle, wie dies in anderen Gauen der Fall, zeigte es sich, daß das Alter eine Rolle spielte. Auffallenderweise waren es die Kollegen Kayser und Doyer, welche sich in entscheidender Weise gegen diese Verbindung aussprachen. Von letzterem wurde ausgeführt, daß ein „jüngerer“ Kollege zu diesem Posten auszuwählen werden solle; denn es sei doch nicht ausgeschlossen, daß wenn sich dieser jüngere Kollege bis jetzt auch noch nicht agitatorisch betätigt habe, er dieses noch lernen könne. Gewiß doch eine schöne Logik! Im Gau wird ein zweiter Verwalter angestellt, um die Agitation energischer betreiben zu können, weil noch etwa 500 Nichtmitglieder vorhanden sind. Der zweite Verwalter soll aber die Agitation erst noch lernen — so dozieren ein Mitglied des Gauvorstandes. Aber auch mein „blinder“ Freund konnte sich nicht zu dem Gedanken aufschwingen, daß eine Organisation die Pflicht hat, für ihre Vertrauensleute denjenigen Schutz zu schaffen, der ihr überhaupt möglich ist, er weigerte eben der Ansicht von der „jüngeren“ Kraft zu. Um aber frei und unabhängig wirken zu können, muß doch ein sicherer Rückhalt vorhanden sein. In Oesterreich denkt man in dieser Beziehung anders als wie die Kommission in Schwaben. Wenn mir hier in so verblühter Weise meine 48 Jahre vorgehalten wurden, so muß ich konstatieren, daß mir dieses von meinem Arbeitgeber noch nicht widerfahren ist. Als später dann noch festgesetzt wurde, daß der zweite Verwalter für den Gauvorstand kandidieren könne, war es für mich klar, daß ich eben einer „jüngeren“ Kraft im Wege stand. Ich erklärte auch der Kommission, welche Konsequenzen ich aus diesem Beschlusse ziehen werde; dem wurde allerdings entgegengehalten, daß dieses nicht nötig sei. Es wäre mir also gestattet gewesen, noch einige Zeit teils als Anstandsbedame, teils als Krügeljunge zu funktionieren. Aber zu dem einen eigne ich mich nicht, zu dem andern hielt ich mich für zu — alt. Sparjamteits-rücksichten waren es jedenfalls nicht, welche die Mehrheit der Kommission bei ihrem Beschlusse leitete, denn bei Verbindung dieser Posten wären ja 200 Mk. erspart worden. Wenn in der Versammlung vom 25. November gesagt wurde, daß Reich, daß und Mißgunst bei der Wahl mitgehört haben, so liegt es sehr nahe, daß diese drei häßlichen Eigenschaften eben schon in der ersten Sitzung der Kommission eine Rolle gespielt haben. Was lag denn sonst gegen mich vor? In den zehn Jahren, die ich in den verschiedensten Funktionen des Gaus mitgewirkt habe, glaube ich meine Pflicht erfüllt zu haben, und in den neun Jahren, die ich als Gehilfenvertreter des Tarifschiedsgerichts tätig war, habe ich für die Allgemeininteressen der Gehilfen so viel getan, als es mir überhaupt möglich war; auch nicht ein einziger Vorwurf kann mich in dieser Beziehung treffen. Und nun sollte ich auf einmal zu alt sein, um einen Posten auszuführen, den ich vorher schon teilweise ausgefüllt hatte; wo es mir möglich gewesen wäre, die feierlichen Würden- und Ehrenämter vielleicht noch besser als vorher auszuführen! Es sollte eben ein Glücksspiel veranstaltet werden, denn anders kann ich es nicht benennen. Daß ich mich nun an diesen Spiele trotz der deutlichen Abwinkung dennoch beteiligte, hat seinen Grund darin, daß ich eben auch wie andre — nur von anderer Seite — aufgefordert wurde, mich zu bewerben; zudem wurde mir mitgeteilt, daß noch ältere Kollegen als ich sich beworben hätten. Vor lauter Freude nun, daß mein Wunsch, die verschiedenen Würden und Ehrenämter mit einem besoldeten Amte verbinden zu können, nun doch in Erfüllung gehen könnte, mag es mir passiert sein, daß ich nicht die richtige Initiative anholte. Aber wenn auch dieses nicht der Fall gewesen wäre, hätten meine 48 Jahre in der entscheidenden Sitzung dennoch eine Rolle gespielt, und wenn dieses in der Sitzung nicht zum Ausdruck gebracht wurde, so war es eben schon vorher abgetarnt, um mich überhaupt von jeder Mitbewerbung auszuschließen, der Konkurrenz wegen. Als Beweis hierfür diene folgendes: Drei Tage nach der entscheidenden Sitzung, also noch unter frischem Eindrucke, saßen vier Kollegen nach Erledigung eines Ehrenamtes beisammen, darunter auch Herr Doyer, welcher freiwillig erzählte, daß es keine leichte Arbeit gewesen sei, die Kandidaten zu sichten. Ich glaube ihm dieses sofort, denn meine Erfahrungen im Gauvorstande haben mir gezeigt, daß es nicht immer angängig ist, auf seine Ideen einzugehen, und dachte mir, daß es in der Kommission auch so gewesen sei. Diese Mutmaßung bestätigte sich auch, als Herr Doyer weiter sagte: „Ja, mein lieber Flohr, denjenigen Bewerber, für den sich der Vorsitzende der Kommission so sehr ins Zeug gelegt hat, können wir nicht gebrauchen, denn der ist für diesen Posten zu — alt“. Auf den Einwand eines andern Kollegen, daß hier das Alter keine Rolle spielen könne, erwiderte Herr Doyer: „Im Gegenteile, eine ganz bedeutende Rolle spielt hier das Alter“, und erläuterte dies an dem Beispiele, daß wenn ein Agitation sich befindlicher Kollege sich nachts in ein kaltes Bett legen müsse, ein älterer Kollege sich leichter

erfüllte als ein jüngerer. Die Entgegnung, daß man sich davor schümen könne, widerlegte Herr Poyer damit, daß er sagte: „Das verstehen Sie nicht!“ Bezüglich der Bezahlung meinte der andre, daß dieselbe nicht genügend sei, worauf Herr Poyer erwiderte: „Gucken Sie sich die Kandidaten erst mal an, dann werden Sie das nicht mehr sagen“. Und nun noch einige Worte über die „genaue, gewissenhafteste Prüfung“, welche die Kommission nach „Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse“ zu dem Beschlusse führte, wie er den Mitgliedern mitgeteilt wurde. Mit sehr geschickten Geiseln beurteilt die Kommission selber ihr Produkt der Intelligenz. Der eine sagt: Gucken Sie sich erst mal an; der andre tadelt, daß für einen der Vorgesetzten agitiert wurde, während zu gleicher Zeit diejenigen von ihm getadelt werden, welche nicht für den andern agitiert haben! Der Dritte sagt, der Gewählte lasse in puncto Tarif zu wünschen übrig, aber wir haben ja hier intelligentere Kollegen, welche dieses befragen können. Unwillkürlich muß man sich fragen: Ist denn der Tarif Nebenache? Ist die Jugend maßgebend, weil diese den Prinzipalen besser imponiert? Wer ist denn als Strohhalm und wer nicht als solcher aufgestellt worden? Um Antwort in der nächsten Versammlung ersucht

S. Flohr.

Rundschau.

Ueber die Solidarität der Zeitungsverleger haben wir schon manches Mal unsere Billigen Betrachtungen angestellt. Wir meinen damit natürlich jenes Gefühl der Gemeinamkeit, das sich untereinander äußern sollte, an die Solidarität gegenüber den Buchdruckergehilfen und den Arbeitern im Zeitungsweien überhaupt haben wir noch zu keinem Zweck Gelegenheit gehabt — und werden es wohl auch niemals haben. In Nr. 142 äußerten wir bei Bekanntgabe der Aufforderung des deutschen Zeitungsverlegervereins, daß an den drei Tagen des diesjährigen Weihnachtstages die Zeitungsbetriebe vollständig ruhen sollen, sofort unsere Bedenken, ob dieser Anordnung auch Folge geleistet werden würde. Bei dem Verbote der Weihnachtsgeldprämien (siehe Nr. 145) hatten wir dasselbe Empfinden, denn es sind schon zu viele Beweise erbracht worden, daß der Egoismus und Materialismus bei den Zeitungsverlegern das Gefühl der Solidarität und Kollegialität bedeutend überwiegt. Wir erinnern auch an die so sehr bekämpfte Unfallversicherung der Abonnenten. Was ist darüber schon geschrieben und was ist in dieser Beziehung erreicht worden? Herzlich wenig. Man denke nicht: Ach, was kümmern uns diese Angelegenheiten der Zeitungsverleger; wir Geiseln verlangen unsere tarifmäßigen Arbeitsbedingungen und damit basta. Die dieser Ansicht sind, übersehen nämlich vollständig, daß die Abonnentenversicherung doch an irgend einer Stelle wieder herausgeholt werden muß. Und das geschieht unzweifelhaft bei den Arbeitern. Gewiß, das Dekorium der Tariftreue wird gewahrt, aber nebenswerte, in den traurigen Zeitverhältnissen nur zu sehr begründete Aufbesserungen werden den Geiseln abgefragt: die Abonnentenversicherung ist das Hindernis. Wir könnten verschiedene Beispiele dafür anführen. Weil also die Frage der Abonnentenversicherung die vitalen Interessen der Geiselschaft stark berührt, geben wir einer Zeitschrift Raum, die auf die Solidarität der Zeitungsverleger ein besonders grelles Licht wirft. Man schreibt uns nämlich aus Magdeburg: Weil unter den Auswüchsen im Zeitungsweien, die der Konkurrenzkampf der Zeitungsverleger hervorbringt, auch die Geiselsinteressen vielfach leiden, ist es auch für die Leser des „Corr.“ jedenfalls von Interesse, wenn diese im nachfolgenden etwas über die Außerordentliche Generalversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Kreisverein Magdeburg) erfahren, die hier vor einigen Wochen tagte. Daß die Abonnentenunfallversicherung, welche sich nur große, kapitalstättige Blätter leisten können, hauptsächlich den kleineren Zeitungsverlegern im Lande großen Abbruch tut, darüber ist kein Zweifel. Es haben deshalb auch auf der im September v. J. in Sangerhausen abgehaltenen Jahresversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Kreis Mitteldeutschland) eine Anzahl Mitglieder diese Frage wieder angeregt, und es wurde eine Resolution angenommen, die den Mitgliedern, welche die Abonnentenversicherung eingestrichelt haben, die Abschaffung derselben zur Pflicht machte. (Der „Corr.“ berichtet feinerzeit kurz darüber unter Rundschau.) Der hiesige Verleger des „Zentralanzeiger“ (Vorstandsmitglied des Hauptvereins der Zeitungsverleger und zugleich Schriftführer des Kreisvereins), über dessen Agitation und Propaganda bezüglich seiner Abonnentenversicherung lebhaftest Klagen laut wurden, gab auf Drängen der Versammlung schließlich die Erklärung ab, die Versicherung fallen zu lassen. Zu der hier nun abgehaltenen Außerordentlichen Versammlung des Kreisvereins stand die Frage der Abonnentenversicherung wiederum als erster und hauptsächlichster Punkt auf der Tagesordnung. Es wurde Herr Dr. Faber, der nicht einmal seine in Sangerhausen gegebene Zusage aufrecht erhalten wollte, sondern die Versicherung überhaupt nicht aufgeben zu können erklärte, sehr hart zugezogen; aber er blieb fest und die Verhandlungen über diesen Punkt blieben resultatlos. Ein auswärtiger Verleger sagte Herrn Dr. Faber geradezu, daß er dessen Stellungnahme nicht vereinbar halte mit seiner Vereinszugehörigkeit und noch viel weniger mit der Bekleidung eines Amtes im Hauptvorstande (den Schriftführerposten im Kreisverein hatte Herr Dr. Faber inzwischen niedergelegt). Herr Dr. Faber

bleibt aber Vorstandsmitglied des Hauptvereins und Vertreter der allgemeinen Vereinsinteressen, bekämpft als solcher die Abonnentenversicherung zwar, benutzt dieselbe zur gleichen Zeit jedoch selbst zur Propaganda für seine Zeitung auf Kosten seiner Kollegen, die es ihm nicht nachmachen können, oder vielmehr das allgemein ziemlich scharfe Beurteilung findende Konkurrenzmittel nicht anwenden wollen. Da somit die Kollegialität bei unseren Prinzipalen in diesem Punkte versage, nahm die Versammlung schließlich einen Antrag an, welcher dem Hauptvorstande die Pflicht auferlegt, bei der Reichsregierung auf Abänderung der bestehenden Versicherungsgegebung hinzuwirken, daß die Selbstversicherung der Zeitungsabonnenten teils den einzelnen Zeitungsverlegern wie auch durch eine Vereinigung mehrerer verboten wird. — Wir haben hier uns von vertrauenswürdigem Seite eingehenden Zusicherungen in gefälliger Form Nam gegeben, um an einem konkreten Beispiele zu zeigen, wie wenig aussichtslos veraltete Bestrebungen der Zeitungsverleger sind, wenn so etwas, wie vorstehend geschildert, am grünen Holze geschieht. Der Fall Faber ist nur deshalb so kraß, weil hier ein Vorstandsmitglied der Organisation der Zeitungsverleger in Frage kommt. Die Nichtbefolgung des gedachten Beschlusses, die Unsolubilität, die in der verweigerten Mithilfe an der Beseitigung eines anerkannten Mißstandes zum Ausdruck kommt, ist aber keineswegs dem Verleger des Magdeburger „Zentralanzeiger“ allein zum Vorwurfe zu machen. Das zu sagen erfordert unser Gerechtigkeitsgefühl, welches auch das Empfinden über einen solchen Vorgang nicht zum Schweigen bringen kann. Wenn die Dinge denn schon so einmal liegen, dann ist der gesetzliche Zwang wohl der beste Weg, bei dem die Geiselsinteressen sicherlich nicht zu kurz kommen würden.

Disce te moniti! In Hamburg hatten die Inhaber von 13 Buchdruckereien Strafbefehle erhalten wegen Zuwiderhandeln gegen die bekannte Bundesratsverordnung, wogegen Einspruch erhoben wurde. Zwei Prinzipale wurden darauf vom Schöffengerichte zu Geldstrafen von je 5 Mk. verurteilt, weil sie es unterlassen hatten, innerhalb Jahresfrist die Wände und Decken ihrer Betriebsräume mit einem Kalkanstrich zu versehen. Mehrere andere Buchdruckereibesitzer haben ihren Einspruch zurückgezogen. Die übrigen, die sich wegen des unterlassenen Kalkanstriches und wegen ungenügender Reinigung der Drucknätze zu verantworten hatten, wollen gegen die qu. Verordnung nicht verstoßen haben. Der eine Angeklagte bemerkte, es gehe aus der Verordnung nicht hervor, daß binnen 365 Tagen der Kalkanstrich erneuert werden müsse, sondern es werde nur gesagt „jährlich“, und das sei gesehen. Der Amtsanwalt ließ diesen Einwand nicht gelten, weil dann schließlich der am 1. Januar 1904 erfolgte Kalkanstrich erst am 31. Dezember 1905 erneuert zu werden brauche. Das könne nicht der Sinn des Gesetzes sein. Bei jährlichen Zinszahlungen werde doch auch mit einem Zeitraum von 365 Tagen gerechnet. Die aus sanitären Gründen erlassenen Bestimmungen müßten genau und sinngemäß befolgt werden, weshalb er gegen sechs Angeklagte eine Geldstrafe von je 10 Mk. beantragte, dagegen eruchte er um die Freisprechung von zwei Angeklagten, denen ein Ver schulden nicht nachgewiesen werden könne. Das Gericht verurteilte nur den einen Angeklagten zu 5 Mk. Geldstrafe und sprach die übrigen frei. Aus der Fassung der Bundesratsverordnung geht nicht hervor, daß die Erneuerung des Kalkanstriches binnen 365 Tagen erfolgen müsse, sondern sie lasse auch die Deutung zu, daß dies „jährlich“, d. h. in jedem Kalenderjahre, zu geschehen habe. Man kann über diese Auffassung des Hamburger Schöffengerichtes sicherlich streiten. Ein anderer Gerichtshof dürfte der Ansicht des Hamburger Staatsanwaltes zuneigen, und darum: Laßt streichen, ihr seid gewarnt!

Eine moralische Ohrfeige ist jüngst in einer Schwurgerichtsverhandlung zu Hannover von einem Staatsanwalte dem Teile der Presse verabreicht worden, bei der das Inzeratengeschäft als moralischen Bedenken niederschlägt. Es handelt sich um einen der bekannten Prozesse, in denen immer gleich eine Anzahl von weltlichen Personen auf der Anklagebank Platz zu nehmen pflegt. Jener Staatsanwalt bezichtigte nämlich ziemlich überbühmt diese Art Zeitungen der Vorhubsleistung des Verbrechens gegen das feindliche Leben.

Zu dem Amte eines Schöffen ausgelost wurden für 1906 bei dem Amtsgerichte Ludwigslafen a. Nh. auch sechs Arbeiter, darunter der Kollege Hofacker. In Augsburg befinden sich unter den 169 Schöffen für das Jahr 1906 auch 31 Arbeiter.

Auch bei den Berggewerbetribunalen hat der sogenannte alte Verband die christlichen sowie die übrigen Organisations mit großer Mehrheit geschlagen. Der Deutsche Bergarbeiterverband erhielt nämlich (aus drei Bezirken stand allerdings das Resultat noch aus) 65, der christliche Verband 14, der politische 2 und eine andre Gruppierung ebenfalls 2 Sitze. Die Wahlen zu den Arbeiterauschüssen haben weiter das für den christlichen Verband nicht gerade erhabene Schauspiel gezeigt, daß die eignen Mitglieder der ausgegebenen Parole nicht gefolgt sind; auf einigen Bechen hat überhaupt niemand gewährt. Wenn man bedenkt, daß auch die christliche Organisation durch den großen Streik eine beträchtliche Stärkung erfahren hat, so ist in diesen Wahlschlappen ein Mißtrauen gegen die eigne Organisation befundet, das nicht gut stärker sein kann.

„Eine geschlossene Solidarität der Arbeitgeber mehr als je geboten“, heißt es in dem Ge-

schäftsberichte der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die kürzlich in Berlin zu einer Tagung zusammengetreten war. Diese Kampforganisation gegen die Arbeiterchaft umfaßt jetzt 3445 Betriebe mit 631.000 beschäftigten Arbeitern, in Anbetracht des verhältnismäßig erst kurzen Bestehens der Hauptstelle gewiß ein bemerkenswertes Resultat. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß mit Gewaltmaßregeln als Antwort auf kleinere Unfälle nicht so lange mehr gewartet werden solle. Vertreten der Streitversicherung soll eine Verbindung der einzelnen Verbände durch Errichtung eines Garantiefonds nach Art einer Rückversicherung angestrebt werden. In der Streitversicherung dockten ja die Unternehmerverbände wie an einem Probleme schon längere Zeit herum, und die Aussichten zu einer glücklichen Lösung desselben sind auch für die nächste Zeit keine günstigen, aber mit der Berückichtigung der Kampfmethoden gegen die gewerkschaftlichen Organisationen wird es bald Ernst werden. In dieser Beziehung sind die Unternehmer nichts weniger als Phrasenreiter. Die Taktik der Massenauflösungen wird also für absehbare Zeit beibehalten werden. Die geschlossene Solidarität der Arbeiter ist daher mehr als je geboten und alle Zersplitterungen der Arbeiterchaft aus konfessionellen oder parteipolitischen Gründen mehr als jemals ein Verbot an der Arbeiterchaft.

Die Herbergkonzession versagt wurde dem Gewerkschaftsrat in Plauen für das von demselben verwaltete Gewerkschaftshaus daselbst. Die Kreishauptmannschaft in Zwickau fand sich mit dem Hinweise, daß von dem Stadtrate in Plauen doch der Bäckereiverband die Herbergkonzession für das Zimmungshaus genehmigt worden wäre, dahin ab, daß das Herbergshaus zu den Aufgaben der Zimmung gehöre. Der anerkannt reaktionäre sächsische Ministerpräsident v. Meißel mußte in der vorigen Woche im Landtage zugestehen, daß die unteren Behörden mitunter Erschlaffenheit in erbitternden Kleinlichkeiten leisten. Dieser Entscheid der Zwickauer Kreishauptmannschaft — einer höhern Regierungsbehörde — ist gewiß auch unter diese Rubrik zu zählen. In Sachen versteht man es aus dem Jst, daß das Volk immer mehr davon zu überzeugen, daß der Arbeiter mindern Rechtes ist.

Die Warnung vor Zuzug wird wieder als grober Unfug und als Berufserklärung angesehen. Die Breslauer „Volkswacht“ hatte eine von dem Zentralvereine der Bildhauer (Verwaltungssitz Breslau) eingeleitete und unterzeichnete Notiz gebracht des Inhalts, daß in einer Möbelfabrik die Holzbildhauer wegen der schlechten Akkordpreise die Arbeit niedergelegt hatten. Arbeitsangebote der betreffenden Firma sollten also zurückgewiesen werden. In den letzten Jahren waren Polizei und Gerichte von der Unfug abgelenkt, die in solchen Warnungen einen Verstoß des Unternehmers oder groben Unfug erblickte. Die Gewerkschafts- und die politische Arbeiterpreise bringen denn auch tagtäglich solche Notizen, die zweifellos für die Gewerkschaften von großer Bedeutung sind. Jetzt scheint der Wind wieder umzuschlagen, wiewohl alle Kommentatoren des Strafrechtes die Strafbarkeit derartiger Notizen verneint haben. Der Breslauer Staatsanwalt sah nicht nur die Kriterien des großen Unfuges gegeben, sondern erblickte auch einen gegen die Unternehmer sich richtenden Terrorismus. Durch die Berufserklärung sollte aus dem Arbeitgeber indirekt eingewirkt werden, den Verabredungen der Arbeiter auf Erziehung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Der Strafantrag lautete auf einen Monat Gefängnis! Das Gericht verneinte den großen Unfug, nahm aber Terrorismus an und erkannte auf einen Tag Gefängnis. Bleibt dieses Urteil auch in der höhern Instanz bestehen, so kann man eine Schwenkung unserer Justiz in Sachen der Warnungen vor Zuzug als Tatsache betrachten. Dann wird sich aber auch Gelegenheit bieten, die Gierkäse der Justiz vor den Aussperrungsdekretten der Unternehmerorganisationen mit aller Schärfe öffentlich zu zeigen.

Eine nette Beleuchtung zu diesem Breslauer „Terrorismus“-Urteil bildet ein in den letzten Tagen gefälltes Erkenntnis des Schöffengerichtes in Plauen i. B., wonach schwarze Listen ein erlaubtes Mittel der Unternehmer sind. Der Obermeister der Steinfeinerei hatte eines der bekannten Rundschreiben an die Zimmungsmittelglieder erlassen, einen bestimmten Steinfeiner, der angeblich eigenmächtig die Arbeit niedergelegt, nicht in Stellung zu nehmen. Der solchermaßen auf den Index gesetzte Arbeiter fand denn auch überall verlassene Türen. Er klagte deshalb gegen den Obermeister auf einen Schadenersatz von 108 Mk. zuzüglich 4 Proz. Zinsen, weil das Rundschreiben des Zimmungsmittelmeisters gegen die guten Sitten (§ 226 B. G. B.) verstoße. Der Zimmungsobermeister machte dagegen geltend, daß diese Maßnahme im Interesse der Zimmungsmittelglieder gelegen habe. Der Kläger hätte nicht nur grundlos die Arbeit eingestellt, sondern habe sich „agitatortische Untriebe“ zu schulden kommen lassen und andere zu gleicher Handlungsweise veranlaßt. Im Gegenfalle zu dem v. erwähnten Reichsgerichtsurteil wurde der klagende Arbeiter mit seinem Anspruch abgewiesen. Den „berechtigten Interessen“ der Zimmungsmittelglieder entspräche es, wenn sie vom Obermeister der Zimmung über solche vertragsbrüchigen Arbeiter in Kenntnis gesetzt und aufgefordert würden, sie nicht wieder in Arbeit zu nehmen. Da aber hierzu der Obermeister der Plauenschen Steinfeinerei als berufener Wahrer der Zimmungsmittelglieder berechtigt gewesen sei, so könne auch in dem Rundschreiben des Beklagten ein Verstoß gegen die guten Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 146. — Dienstag den 19. Dezember 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Sitten nicht erblickt werden. Hier sind es also berechtigte Interessen, wenn ein Unternehmer seine Berufsgenossen warnt, einen Arbeiter zu beschäftigen. Im Breslauer Falle aber ist es Terrorismus, wenn eine Gewerkschaft ihre Mitglieder von einem Arbeitgeber fernzuhalten sucht, der die Löhne schmilzt. Nach der Logik des Breslauer Richters hätte der Zunungsoberrichter in Plauen nicht nur zu dem verlangten Schadenersatz verurteilt werden müssen, sondern der Staatsanwalt müßte auch wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung, also wegen der Ausübung von Terrorismus, gegen den „pflichtlosen“ Obermeister einschreiten. Aber wenn zwei daselbe tun, und der eine ist Arbeiter, der andre aber Unternehmer, dann ist das eben zweierlei.

Auch auf Bauernfänger und sonst moralisch anrüchliche Personen erstreckt sich der Arbeitswilligkeitsparagraf (153 der Gewerbeordnung), wie in Berlin vier Maurer unzulänglich vor der dritten Strafkammer in Berlin erfahren mußten. Ein wegen Diebstahls, Unterschlagung, Körperverletzung vorbestrafter und als Bauernfänger erfolgreich tätiger Maurer wurde von dem Polier entlassen, weil seine Kollegen nicht mit ihm zusammen arbeiten wollten; sie verweigerten dies auch dann, als der anrüchliche Mensch sich zum Verbandsmitglied meldete. Voller Wut rannte der Kerl zur Polizei, um „die Sache zu bejagen“. Anfanglich wollte man auf dem Polizeireviere von der Denunziation nichts wissen, als aber der laubere Patron eindringlich mahnte, es müsse sich doch ein Paragraph finden lassen, da kam man schließlich auf den überbelebten § 153 der Gewerbeordnung, mit dem ja schließlich alles anzufangen ist. Drei Angeklagte erhielten denn auch mit Hilfe dieses Unverschämtheitsparagrafen je acht Tage, einer zwei Wochen Gefängnis. Nicht was die Angeklagten erklärten, daß sie nämlich unter keinen Umständen mit dem Menschen zusammen gearbeitet hätten, sondern die Aussage des Mauerverpalters, die Maurer hätten sich geweigert, mit einem Unorganisierten zusammen zu arbeiten, gab den Ausschlag für das Gericht, das damit die Merkmale der Erpressung vorliegen sah. Weil der eine der Angeklagten die anrüchliche Person als Strohhalm bezeichnete, verhaftete ihn gegen die anderen eine Doppelstrafe. Die Ehre solcher Kadetten wird eben auf das sorgsamste gehütet; es sind ja die für den Staat so nützlichen Elemente, diese „ordnungsliebenden“ braven Arbeitswilligen. Was sie sonst auf dem Buckel haben, geniert gar nicht.

Welcher Art oftmals die Belastungszeugen in Streitprozessen sind, darüber wird der Oberstaatsanwalt in Zwickau nun wohl keine eignen Gedanken haben. Im August wurden dort zwei Maurer wegen Mißhandlung eines Arbeitswilligen namens Reibhardt zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. In dieser Verhandlung begünstigte N. den im Zubehörräume sitzenden Vertrauensmann Schnirch vom Maurerverbande der Mittätererschaft. Sofort ließ der Oberstaatsanwalt Schnirch verhaften. In dem Prozesse gegen den Schnirch nun stellte sich heraus, daß der Hauptbelastungszeuge schwerhörig ist, Sprachfehler aufzuweisen hat und schwachsinntig ist. Trotzdem hat Reibhardt aber ein gehöriges Strafregister aufzuweisen; es sind darin die fünf Delikte Diebstahl, Diebstahl, Diebstahl, Verleumdung, Körperverletzung und Widerstand vertreten. Ein anderer Belastungszeuge sitzt gegenwärtig im Gefängnisse zu Hof; er ist so polizei- und gerichtsbekannt, daß der Oberstaatsanwalt sogar auf seine Vernehmung verzichtete. Unter den Zeugen, die den angeklagten Vertrauensmann entlasteten, befand sich auch ein Kriminalschuttmann; festgestellt wurde auch, daß der Kronzeuge Reibhardt an dem fraglichen Abende sich in geistigen Getränken übertrat hatte. Als nun im Laufe der zweiten Verhandlung N. noch einen weiteren Maurer der Mittätererschaft begünstigte, ließ der Oberstaatsanwalt diese Denunziation ganz unbeachtet. Als die Zeugen vernommen waren, erklärte der Oberstaatsanwalt, er könne nach dem Verlaufe der Beweisaufnahme keinen Strafantrag stellen! Es erfolgte sodann die Freisprechung des angeklagten Vertrauensmannes unter Uebernahme sämtlicher Kosten des Prozesses auf die Staatskasse. So wird mit allen Mitteln versucht, auf Grund der Aussagen von solch zweifelhaften Elementen Gewerkschaftsführer ins Gefängnis zu bringen. Und da wundert man sich dann, wenn die Arbeitererschaft den Glauben an eine gerechte Justiz ganz verliert!

Rechen zu Arbeitszeit — wer wird etwas andres darunter verstehen als die Befugung des inneren Menschen, um die Spannkraft während der Ausübung des Berufes nicht erschöpfen zu lassen! In Bayern ist das aber nach einem noch aus dem Mittelalter stammenden Reservatrechte — ein strafbares Delikt. Ein Tagelöhner in Friedberg erhielt vom dortigen Schöffengerichte neulich deswegen sechs Tage Haft aufgebremst! Man muß staunen, daß so etwas in Deutschland mit seinem „einseitigen“ Rechte noch möglich ist; man muß sich aber noch mehr wundern, daß ausgemacht in dem hierfrühesten

Bayern solche närrischen Bestimmungen überhaupt möglich sein konnten und jetzt noch Geltung haben können.

Die Schaffung eines Reichsberggesetzes, die in einer vom Reichstage früher angenommenen Resolution dem Bundesrate als Antrag vorlag, ist von diesem abgelehnt worden, da eine neue Novelle für Preußen bereits vorliegt, die Materie auch zu verschoben sei. Der Bundesrat gibt sich einer trügerischen Hoffnung hin, wenn er mit diesem Einwande über diese sehr berechtigte Forderung weg zu kommen glaubt.

Eine weitere Erhöhung der Fleischpreise ist von den Vorständen des rheinisch-westfälischen Bezirks des Verbandes der deutschen Fleischermeister beschloffen worden mit der Motivierung, die Verkaufspreise müßten sich in Zukunft mehr den Einkaufspreisen anpassen. Auf dieser Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß die rheinische Landwirtschaftskammer trotz vielfachen Ernjahrs kein Schlachtvieh liefern konnte. Der Oberpräsident der Rheinprovinz richtete an die Regierungspräsidenten die Aufforderung, Vorschläge zur Milderung der gegenwärtigen Notlage zu machen. Ob diese Exzellenz seine Präsidenten nicht in Verlegenheit gesetzt hat, da nach Hilow und Pöbbecke nur von einer vorübergehenden Fleischteuerung die Rede sein kann? In der Provinz Posen nimmt die Fleisch- und Lebensmittelteuerung auch fortgesetzt zu. Nach dem Beispiele der Stadt Posen haben deshalb Krotoschin, Kosten, Hohenfalza und Schneidemühl den Verkauf von Seefischen zum Selbstkostenpreise organisiert. Doch wie lange hält dieses Palliativmittel vor, da einmal die Seefische infolge der größeren Nachfrage ja fortwährend teurer werden, und wie ist es mit dem Fange im Winter bestellt? In Gotha hatten die städtischen Behörden auf Anregung des Ministeriums 1000 Mk. bewilligt, um verschadete ausländisches Fleisch einzuführen, das zum Selbstkostenpreise abgegeben werden sollte. Das aus England bezogene Rindfleisch kostete 62 bis 66 Pf. pro Pfund. Auch einige Fabriken ließen für ihre Arbeiter englisches und dänisches Fleisch kommen. Der Fleischverrechnung pagte erklärlicherweise das keineswegs; auf ihre Vorstellungen gab der Stadtrat aber nur zur Antwort, er werde diesen Fleischbezug nur dann einstellen, wenn die Fleischverrechnung ausländisches Fleisch importieren und zu entsprechend billigem Preise abgeben würde, was denn auch geschah. — In Nürnberg haben die Pferdeschlachtungen einen solchen Umfang angenommen, daß ein neues Pferdebeschlagshaus errichtet werden muß. Wie wenig sichhaltig die von der Reichsregierung, dem preussischen Landwirtschaftsminister und den Agrariern vor sehr hervorgehobene Seuchenfreiheit des heimischen Viehstandes ist, beweist wohl der Umstand, daß der Landrat des Kreises Kolberg in einer der letzten Nummern des Kreisblattes den Ausbruch der Schweinepest in fünf und den der Badsteinblattern unter den Schweinen in weiteren drei Orten seines Amtsbezirks anzeigen mußte. Köstlich ist das von der Berliner „Welt am Montag“ gegebene Resümee der Fleischnotinterpellation im Reichstage: „Erstens gibt es überhaupt keine Fleischnot. Zweitens ist nur der Zwischenhandel daran schuld. Drittens haben die Agrarier gar keinen Profit dabei. Viertens aber ist ihnen das bishigen Gewinn zu gönnen. Fünftens können wir die Grenze nicht öffnen der Seuche wegen. Sechstens öffnen wir sie doch gerade gegenüber dem angeblich verheerendsten Ausbruch — weil in Oberösterreich auch das Zentrum Wähler hat. Siebentens — aber die ganze Vitae der agrarischen Widersprüche, in denen der Pöbel und seine Getreuen im Reichstage erglitzerten, kann kein menschliches Wesen sich zu eigen machen, ohne unheilbarer Verblödung anheimzufallen.“

Abwehrmaßnahmen gegen die Fleischnot fordernde in seiner letzten Sitzung auch der Ausschuss des deutschen Handelstages. Trotzdem wird aber an der Zwangsvorstellung einer vorübergehenden Fleischteuerung seitens der Reichsregierung festgehalten.

Und immer noch keine Fleischnot? Der Berliner Magistrat bewilligte, dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, anlässlich der herrschenden Fleischnot an die städtischen Arbeiter Zulagen von 50 Mk. und an die Unterbeamten solche von 75 Mk., sofern sie weniger als 2000 Mk. Gehalt oder Lohn beziehen.

Wandernde Arbeitslose wurden in den 461 Herbergen zur Heimat in Deutschland im Jahre 1904 2409673 in 4089506 Nächten beherbergt. Darunter waren 575164 mittellose Verpflegungsstationsgäste. Durch die mit sämtlichen Herbergen zur Heimat verbundenen Arbeitsnachweise, die leider vielfach zur Streibrederekrutierung benutzt werden, erhielten 122042 Zugereiste Arbeit. Die Zahl der Wandernden hat infolge der Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage um 10 Proz. abgenommen, die Zahl der Stellenbesetzungen entsprechend zugenommen. Es fanden Arbeit: 1904 einer von 20, 1903 einer von 22, 1902 einer von 27.

Auf der „Reptun“-Werft in Rostock sind 1500 Werftarbeiter ausgeperrt worden. In der vorletzten Nummer konnten wir melden, daß die Schiffbauer in

diesem Betriebe unabhängig geworden sind. — Die Taschen- und Federmesserreider in Solingen, in einer lokalen Gewerkschaft organisiert, haben den seit sieben Monaten bei der Firma Hammesfahr bestehenden Streik aufgehoben.

Gingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 24. Jahrgang. Heft 7. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk.

Weltall und Menschheit. Naturwunder und Menschenwerke, Geschichte der Erforschung der Natur und Bewertung der Naturkräfte von Hans Kraemer. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. Lieferungen 95 bis 100. Preis pro Heft 60 Pf. Im vornehmsten Gewande, in illustrativer Ausstattung, wird hier von einigen zwanzig ersten Fachmännern zum erstenmale eine umfassende, wissenschaftliche, aber dabei überall gemeinverständlich Kulturgeschichte der Menschheit auf rein naturwissenschaftlicher Grundlage geboten, eine all die Jahrtausende seit der frühesten Steinzeit der Tertiärperiode bis zur Schwelle des 20. Jahrhunderts umschließende Geschichte der Beziehungen des aufstrebenden Menschengeschlechtes zum Weltall und den Naturkräften.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterrichte in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen für Kaufleute, Gewerbetreibende, Beamte usw. In Verbindung mit hervorragenden Fachmännern herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf.) Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. Heft 50 bis 54.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Rich. Bong & Co., Berlin W 57. Preis des Vierteljahrsheftes 60 Pf. Heft 6 bis 8 (letzteres als Weihnachtsheft kostet für Abonnenten 2 Mk., für Nichtabonnenten 3 Mk.). XX. Jahrgang.

Für Alle Welt, vereinigt mit „Zur Guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57 und Leipzig. Heft 6 bis 8 des XIX. Jahrganges. Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf.

In Freien Stunden, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Preis pro Heft 10 Pf. Heft 44 bis 49.

Der „Vorwärts“-Konflikt, gesammelte Aktenstücke. Kommunistenverlag: Birk & Co., München. 144 Seiten. 90 Pf.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W 15, Meinekestraße 5. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. Heft 34 bis 37.

Die Hohenzollernlegende. Kulturbilder aus der preussischen Geschichte von M. Maurenbrecher. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Heft 32 bis 36. In jeder Woche erscheint ein Heft für 20 Pf.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Senefelderstr. 4. Nr. 25 des 24. Jahrganges. Preis pro Nummer 10 Pf.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 24 u. 25. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 24 u. 25. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Briefkasten.

P. Sch. in Frankfurt a. O.: Ein Bezirksversammlungsbericht ist doch kein Weihnachtsheft! Mühten Ihren Bericht vollständig umschreiben, Ihr Manuskript geht Ihnen zu. Gruß! — C. in Hannover: Abgelehnt.

U. G. in Neustrelitz: Derartige Notizen haben heutigen Tages keinen Zweck mehr; denn es ist doch nichts besonderes, wenn irgendwo eine Segmaschine aufgestellt wird. — R. B. in Guben: Aus taktischen Gründen abgelehnt. Der Ortsverein müge entweder bei der Firma oder bei den Kollegen sorgen, daß eine Venderung eintritt. Handeln ist hier die Hauptsache. — W. B. in Brandenburg: Tarifant in Berlin SW 48, Friedrichstr. 239, für 60 Pf. (ohne Porto). — Ein Reichsicher: Nichtkunst zwar etwas gewalttätig, auch sonst nicht sehr treffend, aber Anonymous wird überhaupt nicht aufgenommen. Wir würden sicher Discretion gelibt haben. — R. S. 28. 21.: Esch-Bohningen gilt für unsere Organisation als „Unselbst“, weshalb Sie bei Ihren Steuerverhältnissen erst einen Beitrag gezahlt haben müssen, um bezugsberechtigt zu werden. — R. G. in Lüneburg: Unzählige Male schon ist an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß infolge der regelmäßig erscheinenden Warnung des Zentralvorstandes derartige lokale Notizen im „Corr.“ keine Aufnahme finden.

